

Leitideen für eine grüne Zeitpolitik

Gesine Agena und Bettina Jarasch

Bundesvorstandsklausur vom 05.-06. Januar 2015

Wenn man heute Menschen fragt, was ihnen fehlt, ist die Antwort häufig: Mir fehlt Zeit. Zeit für die Kinder, Zeit für die Eltern, Zeit für Engagement, Zeit für mich. In der modernen Arbeitswelt ist Stress allgegenwärtig und Zeit ist eine Mangelware. Wie können wir mit grüner Zeitpolitik Freiräume schaffen, damit Menschen möglichst selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden, aber auch zufriedener und gesünder leben können?

Schon lange diskutieren wir Grüne über eine neue Zeitpolitik. Unterschiedliche Modelle und Vorschläge stehen dabei im Raum. Wir sehen die Zeitpolitik als eine Chance, Antworten auf die Veränderungen der Arbeitswelt zu geben, die viele Menschen heutzutage unter Druck setzen. Dabei geht es auch darum, gesellschaftliche Solidarität mit all denjenigen zu organisieren, die sich um andere kümmern. Gleichzeitig bietet sie die Möglichkeit, die vielfältigen Lebensmodelle einer modernen Gesellschaft zu ermöglichen und zu gestalten. Mit diesem Papier wollen wir die aus unserer Sicht wichtigsten Leitideen grüner Zeitpolitik beschreiben, vor deren Hintergrund wir konkrete Modelle erarbeiten wollen.

1. Fürsorge wertschätzen

Zentrales Ziel Grüner Zeitpolitik ist es, Care-Arbeit oder auch Fürsorgearbeit gesellschaftlich aufzuwerten, wertzuschätzen und gerechter zu verteilen. Wir gehen dabei von einem breiten Begriff der Fürsorge aus. Fürsorge bezieht sich nicht nur auf Familien mit kleinen Kindern. Fürsorge bezieht die Pflege älterer Menschen mit ein, ebenso wie die Fürsorge für sich selbst, für Freundinnen und Freunde oder Verwandte. Gesellschaftliches Engagement braucht Zeit, Menschen brauchen Zeit, um für sich selbst und für andere zu sorgen. Wir wollen Zeiten für Fürsorge ermöglichen. Denn nur eine Gesellschaft, in der es echte Solidarität für alle gibt, die Fürsorgeaufgaben übernehmen, ist zukunftsfähig.

Nach wie vor wird der Großteil der Fürsorgeaufgaben heute von Frauen übernommen. Zwar steigt die Zahl der Männer, die für die Kinderbetreuung zeitweise aus dem Beruf aussteigen, geringfügig an. Die übergroße Mehrheit von ihnen nutzt jedoch nach wie vor lediglich eine zweimonatige Auszeit – das vorausgesetzte Mindestmaß, um 14 Monate Elterngeld zu erhalten. Unser Ziel ist es jedoch, eine partnerschaftliche Aufteilung dieser Aufgaben zu ermöglichen und wo nötig zu fördern, denn alle Umfragen zeigen, dass das auch von einem großen Teil der Menschen gewünscht wird.

2. Mehr Verfügbarkeit über die eigene Zeit ermöglichen

Die Verdichtung der Arbeit, die nach wie vor ungelöste Vereinbarkeitsfrage, ständig steigende Anforderungen an Flexibilität und an eine durchgängige Verfügbarkeit setzen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Zeitdruck und lassen die Angst vor Überforderung wachsen. Dabei wollen die Menschen nicht unbedingt alle weniger arbeiten: Vor allem teilzeitarbeitende Frauen möchten eher mehr und Männer, die in Vollzeit beschäftigt sind, eher weniger arbeiten. Wichtig für alle ist dabei aber, mehr selbst bestimmen zu können, wann sie arbeiten und wann sie Zeit für anderes brauchen. Wir wollen den Menschen mehr Verfügbarkeit über ihre eigene Zeit verschaffen. Dafür brauchen wir Modelle, die die Vielfalt der Lebensrealitäten und die Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse berücksichtigen.

3. Voraussetzungen für Solidarität auf Augenhöhe schaffen

Wir wollen den Menschen eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit ermöglichen, denn nach wie vor sind Zeiten der Erwerbsarbeit und der Sorgearbeit sehr unterschiedlich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dabei werden sich nicht alle Menschen für dasselbe Modell entscheiden. Entscheidend ist für uns, dass die Aushandlungsprozesse zwischen den Partnern fair und auf Augenhöhe stattfinden können. Voraussetzung dafür ist eine gerechte Ausgangslage für beide Geschlechter. Denn nach wie vor wird die ungelöste Vereinbarkeitsfrage immer noch zu stark bei den Frauen abgeladen und nicht in erster Linie als gesellschaftliches und strukturelles Problem gesehen. Durch ungleiche Löhne, fehlende oder schlechte Infrastruktur, Minijobs, Ehegattensplitting etc. werden in Deutschland starke Anreize für das Modell, Frau bleibt zu Hause oder arbeitet in geringfügiger Teilzeit, Mann arbeitet Vollzeit, gesetzt. Es scheint sich für die Paare zu lohnen, diese Aufgabenverteilung – oft auch gegen ihre eigenen Wünsche von Partnerschaftlichkeit – zu übernehmen. Das ist weder geschlechtergerecht noch sichert es Familien wirklich ab, zudem widerspricht es einer nachhaltigen Politik, die sich am Lebensverlauf der Menschen orientiert. Die Folgen für Frauen sind oft eine ungewollte Abhängigkeit vom Partner oder von staatlichen Transferleistungen und letztlich mündet dieser Weg für viele Frauen, gerade nach Trennung oder Verlust des Partners, in Altersarmut. Erst wenn solche unfairen Strukturen beseitigt sind, haben Frauen und Männer tatsächlich eine Wahlfreiheit, für welches Lebensmodell sie sich entscheiden wollen. Klar ist also: Grüne Zeitpolitik braucht die eigenständige Existenzsicherung für Frauen und Männer. Dazu gehört die Veränderung der Strukturen: die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Förderung, die allen Kindern gleichermaßen zugutekommt, der Ausbau von qualitativ guten und flexiblen Betreuungsangeboten für Kinder, mehr Unterstützung bei Übergängen, insbesondere bei der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit, das Ende der Minijobs und vor allem der gleiche Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Das sind die Voraussetzungen für selbstbestimmte und partnerschaftliche Aushandlungsprozesse zwischen Frauen und Männern. Es sind zugleich die Grundlagen einer Politik, die sich am gesamten Lebensverlauf orientiert und verhindert, dass Entscheidungen in einer früheren Lebensphase spätere Lebensphasen beeinträchtigen.

4. Zeitpolitik ist kein Elitenprojekt – abgestufte Modelle entwickeln

Grüne Zeitpolitik nimmt alle in den Blick und ist kein Eliten-Projekt für Besserverdienende. Im Wahlprogramm haben wir formuliert: „Wir wollen Arbeitszeit und Arbeitsvolumen zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten besser verteilen.“ Viele Menschen mit gut bezahlten und sozial abgesicherten Jobs brauchen mehr Selbstbestimmung über die eigene Zeit. Das muss ermöglicht und gefördert, aber nicht in jedem Fall von der Gesellschaft finanziert werden. Prekär Beschäftigte und Menschen mit geringen Löhnen dagegen können sich derzeit eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit gar nicht leisten, egal ob es um Fürsorgeaufgaben oder um eine dringend benötigte Auszeit geht. Hier müssen wir auch über finanzielle Kompensationen nachdenken.

Grüne Zeitpolitik sollte daher zwei Dinge leisten: Sie sollte rechtliche Rahmenbedingungen und den kulturellen Wandel schaffen, um den Menschen mehr Selbstbestimmung über die eigene Zeit zu geben. Und sie sollte die Lebensphasen, in denen Fürsorge im Vordergrund steht, zumindest für Menschen mit geringem Einkommen finanziell so absichern, dass sie auch in der Lebensverlaufsperspektive tragfähig sind.

Unterschiedliche Gruppen haben unterschiedliche Anforderungen und Bedürfnisse. Nicht alle Gruppen brauchen eine finanzielle Unterstützung, um mehr Wahlfreiheit zu erlangen. Und nicht alle Bedürfnisse müssen von der Gesellschaft gleichermaßen solidarisch gegenfinanziert werden. Deshalb wollen wir kein starres Modell entwickeln, sondern wir brauchen abgestufte und zielgenaue Modelle.

5. Zeitpolitik für die neuen Selbständigen – die Zukunft der Arbeit absichern

Die wachsende Zahl an Solo-Selbständigen, Start-Ups, FreiberuflerInnen, Mikro-Unternehmen etc. sind ein Beleg dafür, wie sehr die Arbeitswelt sich längst verändert hat. Gerade Frauen wählen die Selbständigkeit häufig, weil sie die Vereinbarkeit nicht anders in den Griff bekommen. Sie nehmen dafür finanziell und im Blick auf Altersarmut hohe Risiken in Kauf, weil die Selbständigkeit in Deutschland rechtlich und sozial viel zu schlecht abgesichert ist. Wir wollen für diese Menschen neue und zielgenaue Sicherungsformen entwickeln. Eine bessere Absicherung verschafft vielen selbständig arbeitenden Menschen erst die Freiheit, sich zugunsten von Fürsorgeaufgaben auch einmal gegen einen Auftrag zu entscheiden oder sich neu zu orientieren. Modelle wie die Brückengrundsicherung können hier Antworten liefern. Grüne Zeitpolitik hängt dabei mit grüner Arbeitsmarktpolitik eng zusammen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmung und damit auch die Innovationsfreude, den Unternehmergeist und den Veränderungswillen der Menschen zu stärken, die unsere Gesellschaft dringend braucht. So leistet Zeitpolitik auch einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Arbeitswelt.

6. Arbeit entschleunigen

Bei der Zeitpolitik geht es uns auch um die Arbeit selbst. Denn die Anforderungen an die Einzelnen wurden in den letzten Jahren immer höher. Arbeitsintensität, Stress und Druck am Arbeitsplatz nehmen ständig zu. In der Folge werden die Menschen krank, nicht nur physisch, auch die

arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen nehmen kontinuierlich zu. Deshalb geht es darum, dass auch die Arbeit für die Menschen entschleunigt und der Stress reduziert wird. Beschäftigte müssen wieder ausreichende Erholungsphasen haben und Zeit für sich finden.

Die Digitalisierung bietet auf der einen Seite Chancen, selbstbestimmter und losgelöst von räumlichen und zeitlichen Grenzen zu arbeiten. Die Kehrseite der digitalen Welt ist die ständige Erreichbarkeit, die Arbeitszeiten bis weit in den Feierabend hinein ausweitet und zur Belastung werden kann. Auch aus diesem Grund ist eine neue Zeitpolitik nötiger denn je.